

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/II/77

Hannover, 21. September 1947
Telefon: 20951/52

Gewitterschwüle Von Peter Baunau

Seines Vaters Arbeit mit dem Ziel, einen wirklichen Weltfrieden zu gestalten, habe gut begonnen, aber nach seinem Tode sei sein tapferes Werk irgendwie vergessen worden. So urteilt Elliott Roosevelt, der Sohn des verstorbenen Präsidenten in seinen Aufzeichnungen über Erlebnisse, Gedanken und Gespräche mit seinem Vater. Und Henry Wallace sagte einmal mit Bezug auf Roosevelt: "Kein Amerikaner konnte mit den Russen so gut umgehen wie er. Wenn der Präsident noch lebte, dann gäbe es keine unüberbrückbare Kluft zwischen den beiden Riesen, die sich heute beschnüffeln wie zwei misstrauische, bösertige Hunde".

Der junge Roosevelt und Wallace sind die heute wohl bekanntesten unentwegten Rußlandfreunde in den Vereinigten Staaten. Nach ihrer Meinung ist die eingetretene Verschlechterung in den Beziehungen zwischen den beiden größten Mächten der Gegenwart vor allem eine Folge des Todes Roosevelts. Aber sie haben mit dieser Auffassung keine große Anhängererschaft hinter sich bringen können, das steht ebenso fest wie die Welle tiefer Abneigung gegen die Sowjetunion, die heute durch die USA geht. Hat sich das amerikanische Volk wirklich von den Grundsätzen seines großen Präsidenten abgewandt?

Roosevelt starb in den Tagen des zu Ende gehenden Krieges. Seine Erfahrungen und Erfolge im Umgang mit den Männern des Kremls rührten aus der Zeit des gemeinsamen Kampfes gegen den gemeinsamen Feind. Auf dieser Grundlage war es relativ leicht, zu einer Verständigung zu kommen und Verabredungen darüber zu treffen, wie der künftige Frieden aussehen sollte. Das große Ziel verdeckte aber nur die Rivalitäten, die heute, nachdem der Gegner niedergeworfen ist, so gefährlich zutage treten. Die Kontroverse Marshall-Wischynski ist der bisher schärfste Ausdruck dafür, obwohl die vergangenen 2 1/2 Jahre gewiß nicht arm an Äußerungen dieser Spannung waren. Wenn Elliott Roosevelt und Henry Wallace andeuten, daß der verstorbene Präsident auch mit einer solchen Spannung besser fertig geworden wäre als sein Nachfolger und dessen Mitarbeiter, so sind das Behauptungen, für die sie den Beweis schuldig bleiben.

Man sollte nicht vergessen, daß Roosevelt eine sehr starke und eigenwillige Persönlichkeit gewesen ist und es läßt sich kaum denken, daß gerade er auf die Anwendung einer der Atlantic-Charta-

Prinzipien verzichtet hätte. Roosevelt war nicht mehr in Potsdam zugegen und konnte auch nicht mehr erleben, wie sich der zuverlässige russische Bündnispartner zum höchst schwierigen Besatzungs- und Unopartner entwickelte. Der Sohn Roosevelts zitiert übrigens selbst die Äußerung seines Vaters: "Der Friede darf keinen Despotismus irgend welcher Art bestehen lassen"... Vielleicht hätte Roosevelt in Moskau größere Autorität besessen als Truman oder Marshall, vielleicht wäre infolgedessen die Entwicklung zur Entfremdung nicht so weit fortgeschritten wie es heute leider der Fall ist. Aber gerade das würde beweisen, daß die russische Politik sich zuletzt nur von einer Autorität beeindruckt läßt, die sich ihr gegenüber nachdrücklich geltend macht. Sicher ist auf der anderen Seite zuzugeben, daß das stets wache Mißtrauen der russischen Staatsführung durch die Person des verstorbenen Präsidenten und die positiven Erfahrungen mit ihm einen gewissen Dämpfer erfahren hätte. Aber die Situation wäre dadurch höchstens etwas entschärft, nicht aber im Grundsatz geändert worden.

Solche Überlegungen, was wäre gewesen, wenn... mögen sehr unwirklich und nutzlos scheinen. Doch führen sie auch zu der Erkenntnis, daß der ungeheuer gefährliche Gegensatz, der zur Zeit das weltpolitische Bild mit einer geradezu beklemmenden Ausschließlichkeit bestimmt, viel zu tief in der politischen Vorstellungswelt der Gegenwart verankert ist, als daß man sein Bestehen einfach auf die Einstellung und die besonderen Fähigkeiten einzelner Persönlichkeiten zurückführen könnte. Hier in Deutschland verfolgt man das gefährliche Spiel, von Wallace respektlos als das Sich-Beschneffeln von zwei mißtrauischen und böartigen Hunden bezeichnet, mit angehaltenem Atem und klopfendem Herzen, in manchen Schichten freilich auch in dumpfem Fatalismus. Unsere vollkommene Machtlosigkeit und die Tatsache, daß vor allem in Deutschland ein solcher Kampf mit allen seinen unausdenkbaren Folgen ausgetragen werden würde, sollte uns vor dem Verdacht schützen, wir könnten irgend etwas Gutes von einem solchen Zusammenprall erwarten. Wir befinden uns in der Rolle des passiven Betrachters, der nur hoffen kann, daß das Gewitter, in dessen bedrückender Schwüle wir heute leben, sich wieder verziehen möge. Einstweilen erscheint diese Hoffnung noch recht farblos, wenn man bedenkt, daß vielleicht acht von zehn Nachrichten aus der großen Politik in mehr oder weniger engen Zusammenhang mit dieser Gefahr stehen.

Der imperialistische Kapitalismus wolle die Welt beherrschen, tönt es vom Osten herüber - der russische Totalitarismus sei dabei, das Individuum zu zertreten, hallt es aus dem Westen wider. Es wäre mehr als billig, nach Goebbelscher Manier ("wir werden den Krieg gewinnen, weil wir ihn gewinnen müssen") sich mit der zweckoptimistischen Versicherung zu betäuben: das Unglück, das droht, sei zu groß, als daß irgend jemand wagen könnte, es auszulösen. Nach solchem Unschmeißstab pflegt sich der Ablauf der Geschichte nicht zu richten - wenn das so wäre, dann hätten schon, aus dem deutschen Blickwinkel gesehen, der erste Weltkrieg und die Naziherrschaft vermieden werden müssen.

Was aber bleibt dann für den zu tun übrig, der ganz ohne Macht, ja ohne jeden Einfluß ist? Nicht viel, doch immerhin etwas wichtiges! abzuwarten, auf eine günstige Lösung zu hoffen und im engeren eigenen,

also deutschen Bereich, das zu tun, was man für richtig und notwendig hält. Vielleicht läuft die große Gegenwartskrise auf eine Art widerwilliger formeller Anerkennung der Trennung der Erde in zwei Hälften hinaus, eine Trennung, die leider schon zu einem sehr erheblichen Teil Wirklichkeit geworden ist. Gerade für Deutschland wäre das sehr schmerzlich, es wäre sozusagen die zweitschlechteste Lösung. Die schlechteste aber wäre, und darin wird man auch vom deutschen Standpunkt aus Männern wie dem Sohn und dem ehemaligen Mitarbeiter des verstorbenen Roosevelt recht gehen müssen, der Krieg.

--- --

Die Bizonen-Selbstregierung funktioniert nicht

U.B. Am 25. Juni 1947 wurde die Apparatur der Zweizonen-Selbstregierung in Frankfurt konstituiert. Schwarz-rot-goldene Fahnen wehten zum ersten Mal seit langer Zeit wieder in Deutschland und wirkungsvolle Reden wurden gehalten. In ihnen kam zum Ausdruck, daß dieses Ereignis einen Einbruch in die Zonengrenzen bedeute und als eine Vorstufe zur gesamtdeutschen Einheit angesehen werden dürfe. Berufene Vertreter der Militärregierungen hatten die Hoffnung, schon in wenigen Monaten werde eine Milderung des allgemeinen Elends zu verspüren sein. Die Lösung der seit zwei Jahren permanenten Ernährungskrise sowie die Wiederherstellung des zerrütteten Transportwesens wurden als die unverzüglich in Angriff zu nehmenden Aufgaben bezeichnet.

Man ernannte einen Exekutivrat und bildete acht Ausschüsse. Als dann erfuhr die Bevölkerung der Westzonen, daß der Wirtschafterrat ermächtigt sei, Verordnungen der allgemeinen Wirtschaftspolitik für beide Zonen zu erlassen, Gesetze also, die den Vorrang vor denen der Länder haben sollten. Zugleich wurde ein Gesetz beschlossen, nach welchem der Exekutivrat berechtigt war, bindende Anweisungen auf den Gebieten der Wirtschaft, der Ernährung und des Verkehrs zu erteilen.

Ein Bukett schöner, optimistisch duftender Absichten und Entschlüsse wurden dem für einen Augenblick aus seiner Resignation erwachenden Volke überreicht. Darauf begab man sich in die politische Arena - und es erfolgte die Übergabe des Wirtschaftsschicksals von 40 Millionen Menschen in die Hände der ODU. Anschließend war nichts mehr zu vernehmen.

Ein Vierteljahr jedoch nach jenem festlichen Schauspiel stellte man mit Verwunderung fest, daß sich die Verhältnisse inzwischen höchstens weiter verschlechtert hatten und daß das damals Gesagte anscheinend nicht sehr ernst gemeint war. Jedes der Länder der beiden Zonen betrieb weiterhin eine Ernährungs- und Wirtschaftspolitik nach eigenem Gutdünken. Bayern schlachtete Rinder und verteilte hohe Fleischrationen. Württemberg-Baden erfreute seine Bevölkerung durch bedeutende Obst- und Gemüsezuweisungen, dort gab es viele Eier, hier mehr Brot, dort weniger Kartoffeln und hier kein Heizmaterial. Die Länder hatten wenig Neigung, das vorhandene mit den Bedürfnissen der anderen abzustimmen. Sie bezichtigten sich gegenseitig des unkorrekten Verhaltens. Das eine habe dem Hauptverwaltungsamt falsche Zahlen genannt, das andere bieder und brav geliefert, hieß es in den Feinden der Presse. Darüber standen in souveräner Ruhe Wirtschaftsrat, Exekutivrat und Hauptverwaltungsämter. Keinem der drei Organe gelang es, wirklich Ordnung zu schaffen, obwohl

höchste Hile geboten war, was man sich vor drei Monaten in Frankfurt ausdrücklichsst und feierlichsst bestätigt hatte.

Der Länderegoismus verzehrte das deutsche Denken. Ebenso konnte festgestellt werden, daß anscheinend sowohl in den deutschen bizonalen Regierungs- und Verwaltungsstellen, als auch in den Ländern noch immer eine tiefe Unsicherheit darüber herrschte, wer wem praktisch Anweisungen erteilen konnte. Es ist bezeichnend, wenn dies zum Gegenstand bewegter Klagen in den Kabinettsitzungen mancher Staatsregierungen wurde und wenn erst jetzt die Beauftragten im Exekutivrat veranlaßt werden, engere Verbindung mit ihren Ländern aufzunehmen.

Es tritt die Frage auf, welches die Ursachen dieser unbefriedigenden Entwicklung sind. Im Norden gelang man mehr und mehr zu der Überzeugung, auf den Klavieren in Frankfurt spielten sozusagen nur die Süddeutschen - die süddeutschen christlichen Demokraten. Als Tatsache aber muß gewertet werden, daß es bisher noch keine deutsche Stelle von genügendem Ansehen gibt, die mit Nachdruck und Autorität den Ländern gegenüber auftreten kann. Hieran mögen die Zeitumstände zu einem bedeutenden Teil Schuld haben, die nur Maßnahmen unpopulärer Art hervorbringen können.

Offen aber muß gesagt werden, daß sich allein auf mechanisch-bürokratischen Wege die Verhältnisse nicht ändern lassen - so parlamentarisch-demokratisch sie frisiert werden. Die deutsche Form müßte mit dem alliierten Inhalt der Beendigung der Demontagen und der Auslieferung deutscher Kohle an deutsche Industrien gefüllt werden. Andernfalls hilft sich jedes Land selbst - allerdings eher schlecht als recht.

Neuaufbau der landwirtschaftlichen Verwaltung

H.K. Die Mitglieder des agrarpolitischen Ausschusses beim Parteivorstand der SPD und die Vertreter der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen und der SPD-Fraktionen im Wirtschaftsrat befaßten sich auf einer Tagung in Offenbach mit dem Neuaufbau der landwirtschaftlichen Verwaltung. Ausgehend von der Tatsache, daß ein erheblicher Teil der Ernährungsschwierigkeiten, die sich immer mehr zu einer Ernährungskatastrophe verdichten, durch den Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Verwaltung in Form des Reichsnährstandes hervorgerufen werden, hatte die SPD schon früher die Forderung erhoben, dieses Naziystem mit allen seinen Resten auszurotten. An seine Stelle forderte sie eine demokratische Verwaltung, die nicht nur der Landwirtschaft hilft, einen möglichst großen Beitrag zur Ernährung des deutschen Volkes aus eigener Erzeugung zu leisten, sondern auch die berechtigten Forderungen aller Deutschen an die Landwirtschaft wirksam durchzusetzen vermag. Bekanntlich war die landwirtschaftliche Verwaltung in besonderem Maße Schlupfwinkel einer reaktionären Bürokratie, die sich auch weitgehend im Reichsnährstand einnisten konnte und deshalb praktisch überall ihr Unwesen weiter trieb, nachdem man die Bauern-"führer" in Bauernvorsteher umgestaift hatte.

Sowohl im Wirtschaftsrat wie in verschiedenen Länderparlamenten wird nun an eine Erneuerung dieser Verwaltung an Haupt und Gliedern geknüpft. Daraus ergab sich die Aufgabe der Konferenz, die sozialdemokratischen Grundsätze für diesen Neuaufbau zu erarbeiten, damit sie

einheitlich von allen Sozialdemokraten in allen Parlamenten vertreten werden können. Die SPD sieht darin zugleich einen Beitrag zu der nationalen Aufgabe, soviel Einheitlichkeit wie möglich innerhalb Deutschlands durchzusetzen.

Alle Teilnehmer bekannten sich einmütig zu dem Grundsatz, daß in Fragen der Landwirtschaft und Ernährung der obersten Behörde - für das vereinigte Wirtschaftsgebiet also der "Verwaltung für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten" - die uneingeschränkte Weisungsbefugnis an die im Wirtschaftsgebiet vereinigten Länder gegeben werden müsse. Diese Forderung ist dadurch möglich geworden, daß dieses zentrale Amt bekanntlich unter der parlamentarischen Kontrolle des Wirtschaftsrates steht, dessen Mitglieder von den Landtagen gewählt worden sind. Die Weisungen der Verwaltung für E.L.u.F. sind für die Länderregierungen und die Länderparlamente bindend - (wie das das Abkommen zwischen der amerikanischen und britischen Besatzungsmacht auch bereits vorsieht) - und die Länderinstanzen sind für ihre Durchführung verantwortlich. Die Parlamente in den Ländern haben die Aufgabe der Kontrolle der Durchführung der zentralen Weisungen.

Einen breiten Raum in der Diskussion nahmen auch die Fragen des Verwaltungsaufbaues in den Ländern ein. Entsprechend den verfassungspolitischen Grundsätzen der SPD wurde eine Sonderverwaltung von den meisten Teilnehmern grundsätzlich abgelehnt. Dabei waren alle der Meinung, daß den Landesministerien die Möglichkeit gegeben werden müsse, die Durchführung der von ihnen im Rahmen der bizonalen Weisungen erlassenen Anordnungen gegen jede Verzögerung, vor allem aber gegen jeden Lokalegoismus zu sichern. Entscheidender Wert wurde darauf gelegt, daß in der Überwachung der Landesbehörden nicht nur die Landtage sondern auch die Kreistage eingeschaltet werden. Gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft und der Ernährung spielt sich das meiste auf der Kreisebene ab. Darum fordern die Sozialdemokraten für den Kreistag das Recht, die Tätigkeit der Verwaltung innerhalb ihres Kreises - auch wenn es sich um Aufgaben handelt, über die der Kreistag nicht zu entscheiden hat - zu kontrollieren. Nur so kann Licht in die Dinge gebracht werden, von deren anständiger Erledigung geradezu der Fortbestand unseres Volkes abhängt. Mit dieser Forderung nach demokratischer Kontrolle durch die Vertreter des ganzen Volkes und nicht etwa nur durch einen Berufsstand geht die SPD konsequent den Weg weiter, den sie mit der Forderung nach Offenlegung der Listen über Betriebsgröße, Anbausoll, Ablieferungsleistung beschritten hat.

Lehren aus drei Weißbüchern

Von unseren skandinavischen Korrespondenten
K.K., Malmö

Als vor einigen Monaten das norwegische Weißbuch veröffentlicht wurde, das eine offenerherzige Kritik an der Verteidigungsbereitschaft des Landes gegenüber den nazistischen Eindringlingen übte, war die Welt mit Recht erstaunt über das Ausmaß an Gutgläubigkeit und Leichtfertigkeit, das die verantwortlichen Lenker des Landes in jenen gefährlichen Monaten an den Tag gelegt hatten. Das Weißbuch der dänischen Regierung wußte über die dänische Wehrbereitschaft nicht viel besseres zu berichten. Nun wurde zu diesem Thema ein Weißbuch der schwedischen Regierung vorgelegt, dessen Enthüllungen nicht minder zum Staunen veranlassen.

Man vergegenwärtige sich die europäische Situation in den ersten Monaten des Jahres 1940. Der finnische Winterkrieg ging seinem Ende zu, doch kämpften in den karelischen Wäldern noch immer die tapferen Verbände der finnischen Armee gegen den weit überlegenen Angreifer aus dem Osten. Polens Kriegsmacht war vernichtet, das Land selbst zwischen den zwei befreundeten Diktaturen aufgeteilt. Hitler hatte im Westen 115 Divisionen versammelt zur Vorbereitung des Angriffs auf Holland, Belgien und Frankreich. Von den übrigen 35 Felddivisionen, über die Hitler damals verfügte, war ein nicht geringer Teil bei Hamburg, bei Flensburg und dem übrigen Nordschleswig, sowie in Pommern stationiert. Nicht mit Unrecht nehmen gewisse schwedische Zeitungen an, daß die schwedische Regierung über die Vorbereitungen der deutschen Kriegsmacht besser unterrichtet war als irgend eine andere europäische Regierung. Sie machte von ihren Kenntnissen jedoch einen überraschend bescheidenen Gebrauch.

Die schwedische Regierung sah damals die Bedrohung der im Norden gelegenen Erzfelder als entscheidend an. Diese Bedrohung konnte nur aus dem Westen erwartet werden. Es wurden denn in den nördlichen Provinzen hunderttausend Mann unter Waffen gehalten und noch ein Skiläuferbataillon von der finnischen an die norwegische Grenze geworfen. In Südschweden jedoch gab es am 9. April 1940 lediglich einige nicht voll ausgerüstete Luftabwehrverbände, eine nicht auf Kriegsfuß gebrachte Wachkompanie in Malmö, sowie je ein Wachpluton in den Städten Landskrona und Ängelholm. Mit anderen Worten: Hitler hätte am 9. April Südschweden mit Hilfe einiger Segelboote besetzen können. Ein am 4. April schüchtern vorgebrachter Vorschlag des Oberbefehlshabers Thörnell, zumindest eine teilweise Mobilisierung anzuordnen, fand kein Echo. Der Verteidigungsminister der damaligen Sammlungregierung, der Sozialdemokrat Per Edwin Sköld, erklärt im Weissbuch sein Verhalten damit, dass er Schweden als nicht bedroht erachtete, da Hitler im Falle eines Angriffs auf Schweden der Erstransporte auf lange Zeit verlustig gegangen wäre, auch hätten die inner-schwedischen Verhältnisse, so die Notwendigkeit, die Äcker zu bestellen, grössere Einberufungen behindert.

Schweden hatte Glück. Es gewann durch das Zögern Hitlers genügend Zeit, seine militärische Bereitschaft zu achtunggebietender Stärke auszubauen und dadurch (nur dadurch!) einen späteren Angriff Hitlers zu verhindern. Und doch hätte damals eine nur ein wenig entschlossenerere und umsichtigerere Militärpolitik der skandinavischen Länder die Aprilaktion Hitlers im Jahre 1940 zu einem gefährlichen, wenn nicht aussichtslosen Abenteuer gemacht.

Es ist nicht die Zeit, über Vergangenes zu rechten; aber es besteht die Pflicht aus früheren Fehlern und Unterlassungen zu lernen. Man darf hoffen, dass die skandinavischen Weissbücher die Wachsamkeit der skandinavischen Völker verstärken werden. "Strikte Neutralität", wie sie einst geübt wurde, nähme sich in der heutigen Situation wie das Rezept eines erbärmlichen politischen Kurpfuschers aus.

Politische Ehekrise

Von unserem niedersächsischen Mitarbeiter

Ehekrise ist nichts Aussergewöhnliches. Über Verlauf und Ausgang entscheiden die verschiedenartigsten Motive, Gründe und Zusammenhänge. So bräuchte man kein grosser Prophet zu sein, wenn man auch der NLP-CDU

Die, geschlossen vor dem niedersächsischen Landtagswahlkampf über kurz oder lang solche Krise voraussagte. Sie scheint nun schneller als gehnt akut zu werden, und sie musste es werden, als der eine Ehepartner seinen Namen und damit zugleich seinen Wirkungsbereich zu ändern unternahm.

Nachdem Niedersachsen, wenn auch nicht als Ergebnis des 80-jährigen Befreiungskampfes der Welfen, mit Braunschweig und Oldenburg zusammen ein Staatsgebilde geworden war, wurde es der Niedersächsischen Landespartei im eigenen Hause zu eng, und der neugewählte Name, "Deutsche Partei" - ob geschickt gewählt oder nicht, bleibe dahingestellt - sollte wohl andeuten, dass man sich nun auf den Bereich von ganz Deutschland einzustellen gedachte. Das aber musste für den anderen Partner eine peinliche Entdeckung werden. Hatte man sich doch mit dieser so auf den häuslichen Herd eingeschworenen Ehehälfte gerade im Vertrauen auf die Begrenztheit ihres Wirkungskreises so hoffnungsfroh zusammengeschlossen.

Nun geht sie eigene Wege, ja jetzt wird sie Konkurrentin ausserhalb der Landesgrenzen. Sie wirbt um die Zuneigung und Gunst gerade jener Kreise, die man als unantastbaren Besitz bei der CDU betrachtet hatte. Das muss verbittern und hat es auch anscheinend getan. Wer kann es der NLP verdenken, dass sie den allzu eng gezogenen Rahmen sprengen möchte? Dass sie es mit der nichtssagenden und dabei doch so anmassenden Firma "Deutsche Partei" tut, steht auf einem anderen Blatt. Wer kann es der CDU verdenken, dass sie den Ausdehnungsdrang der NLP mit Unmut ansieht? Und wo Recht gegen Recht steht, da ist es meist besonders schwer, die richtige Lösung zu finden. Vielleicht ist hier die "Lösung" die einzige Lösung.

Inwieweit sich dabei Teile der einen oder anderen Seite so stark dem Partner verbunden fühlen, dass sie sich nach der Trennung diesem anschliessen, muss der Zeit überlassen bleiben. Für die CDU mag es bedeuten, dass sie sich von allzu reaktionären Bestandteilen befreien kann und dadurch aktionsfähiger und ausgeglichener wird. Der NLP wird es vielleicht dann Anlass sein, ihre neue Bezeichnung zu ergänzen und den Namen damit schlichter zu machen, also etwa statt "Deutsche Partei" sich "Deutsche Konservative Partei" zu nennen. Käme diese Klärung, so dürfte die missglückte Ehe noch ihr Gutes gehabt haben.

(b/B10/239/1/ju)

Die "üble Brut"

Auch eine Meinung aus den USA

"Was diese besonders tounen, schnorrenden, bettelarmen Nationen in Europa betrifft, so sollte man diese ewig zerkende, üble Brut übers Knie legen und ihr diese Wahrheiten einbläuen: Der Marshall-Plan bedeutet für uns Steuerzahler, dass wir alljährlich fünf Milliarden Dollar an eine Horde streitender Strolche zahlen müssen. Die Verfassung, so meint er, verbiete es Truman und Marshall, irgendwelche Bindungen einzugehen. Alles, was sie verapfänden, sei bedeutungslos, wenn der Kongress im Wege; und selbst, wenn die s e r Kongress zustimme, so würde der nächste bestimmt anderer Meinung sein."

(Journalisten John O'Donnell)

Keine Sammlungsregierung in Dänemark

k.k., Kopenhagen

Im Kopenhagen fanden in letzter Zeit zwischen den politischen Parteien Verhandlungen statt, die von der Regierung mit dem Ziele eingeleitet wurden, die Regierungsbasis durch die Bildung einer Sammlungsregierung zu verbreitern. Tatsächlich hat die Minoritätsregierung der Venstre-Partei (sie repräsentiert vor allem die Mittel-Bauern) das Land in eine schwierige Situation gebracht. Die Regierung konnte sich bisher nur dadurch an der Macht halten, daß sie fallweise die Unterstützung der beiden anderen bürgerlichen Parteien (Konservative und Radikale) erhielt, die an Neuwahlen nicht interessiert sind.

Bei den Verhandlungen haben die Sozialdemokraten drei Präliminarfragen gestellt, von deren zufriedenstellender Beantwortung sie die weitere Teilnahme an den Besprechungen abhängig machten: 1. Ist bei den bisherigen Unterhandlungen eine Vereinbarung zwischen den bürgerlichen Gruppen über eine festere politische Zusammenarbeit in den ökonomischen Fragen zustande gekommen? 2. Ist zwischen diesen Parteien Einigung in der südschleswigschen Frage erzielt worden? 3. Hat die Venstre die Abberufung ihres Ministerpräsidenten Knudsen und die Errichtung einer Sammlungsregierung unter Teilnahme der Sozialdemokraten erörtert?

Aufgrund der Antwort, die den sozialdemokratischen Unterhändlern erteilt wurde, erklärte "Social-Demokraten", daß nur eine Neuwahl eine Änderung in der unhaltbaren politischen Situation bringen könne. Diese Erklärung wurde vom Parteivorsitzenden Hedtoft in einer Rede unterstrichen. - Es hängt nun von den beiden anderen bürgerlichen Gruppen ab, ob die Regierung Knudsen noch eine Gradenfrist bekommt, doch ist es unwahrscheinlich, daß diese noch einen Teil ihres Ansehens der Rettung der höchst unpopulären Regierung Knudsen opfern werden. - Die dänische Sozialdemokratie rüftet jedenfalls für Neuwahlen.

Die unabhängige SED

Die SED rühmt sich, eine vollkommen unabhängige Partei zu sein. Die erste große politische Rede nach der Eröffnung ihres Parteitagess hielt Oberst Tulpanow von der russischen Besatzungsmacht.

(m/239/1/hs)